



Berlin: Endspurt der 18. Wahlperiode

In Berlin liegen jetzt noch insgesamt fünf Sitzungswochen und ein knappes halbes Jahr bis zu Bundestagswahl vor uns. Deshalb wurde im Koalitionsausschuss der weitere Fahrplan, welche Gesetzesvorhaben in den nächsten Monaten noch umgesetzt werden, festgelegt. Es standen insgesamt 20 Projekte auf der Agenda. Auf 13 Vorhaben konnte man sich verständigen, wie zum Beispiel:

- Wohnungseinbrüche werden in Zukunft mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft und im Einzelfall der Zugriff auf Vorratsdaten erlaubt;
- Klare Regelungen um Sozialleistungsbetrug von Asylbewerbern aufzudecken und zukünftig zu verhindern;
- mehr Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften und das Verbot von Kinderehen.

Bei weiteren Vorhaben wie der Reform für eine generalistische Pflegeausbildung, einem Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel, Begrenzungen für Managervergütungen konnte hingegen bislang keine Einigung erzielt werden.

Cloppenburg/Vechta: **Sprache ist der Schlüssel**

Insgesamt 37 KiTa aus dem Oldenburger Münsterland erhalten bis zum 31.12.2020 Fördermittel vom Bund, um eine Fachkraft für die sprachliche Entwicklung der Kinder zu beschäftigen. Das sind gute Nachrichten für 20 Cloppenburger und 17 Vechtaer Einrichtungen.

Berlin: **Schnelles Internet – 15 Millionen Euro für den Landkreis Vechta**

Am 21. März 2017 übergab der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann, weitere Förderbescheide für Mittel aus dem milliardenschweren Bundesprogramm für superschnelles Breitband.

„Jetzt kann auch der Landkreis Vechta dem Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandnetzes zusätzlichen Schub leisten. Hierfür stellt der Bund die maximale Fördersumme von 15 Millionen Euro zur Verfügung. Damit ist Vechta auf einem guten Weg“, sagt Holzenkamp.



Franz-Josef Holzenkamp MdB, Staatssekretär Enak Ferlemann MdB und Hartmut Heinen (v.l.n.r, Bild: BMVI)

Aktuelles

23. März 2017

Standortauswahlgesetz verabschiedet

Mit der 2./3. Lesung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und anderer Gesetze wurden endlich die Regelungen zur Suche nach einem Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle festgeschrieben. Damit kann jetzt mit ein ergebnisoffenes Auswahlverfahren für einen Endlagerstandort begonnen werden.

30. März 2017

Gleiche Bezahlung von Männern und Frauen

Bei gleicher Qualifikation verdienen Frauen im Durchschnitt signifikant weniger als Männer. Das ist nicht neu. Aber mit der 2./3. Lesung des Entgeltgleichheitsgesetzes wird die Lohnlücke zum ersten Mal sichtbar: Für Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten ermöglicht es einen Auskunftsanspruch der Beschäftigten. Ein wichtiger Schritt.

Weitere Informationen unter:

www.fj-holzenkamp.de

